

## Olympische Spiele sind Teststrecke für die neusten Dopingpräparate

Angesichts horrender Preisgelder und der bei Medaillengewinn zu erwartenden Sponsorenverträge, aber auch wegen der inneren Steigerungslogik des Olympischen Spitzensports selbst, gleichen die Olympischen Spiele einem Schaulaufen der neusten Doping-Präparate. Nach wie vor sperrt sich das IOC gegen scharfe Dopingkontrollen. Ohne Rekorde gibt es keine hohen Fernseh-Einschaltquoten und damit Verluste für die Sponsoren. Was hat das alles noch mit den viel beschworenen bzw. konstruierten Symbolen des Sports, der Vorbildwirkung und Fairness zu tun?

## Berlin braucht Solidarität und Offenheit- Keine Polizeiaktionen und Hochsicherheitszonen

In den Olympia-Städten, die sich für das Eintreffen von Touristen aus allen Ländern „herauszuputzen“, werden nicht selten mittels Polizeiaktionen „Unerwünschte“ aus dem Straßenbild vertrieben. So kam es in London 2012 im Vorfeld der Olympischen Spiele zu Razzien auf Obdachlose und Roma. Insgesamt kamen vor und während der Spiele 40.000 Polizisten, Soldaten und private Sicherheitsleute sowie Kriegsschiffe, Überwachungsdrohnen und Boden-Luft-Raketen zum Einsatz. Allein die „Sicherheitskosten“ betragen mehr als 1.5 Milliarden €, d.h. so viel wie die kommerziellen Gesamteinnahmen der Londoner Betreibergesellschaft der Olympischen Spiele! Außerdem verbietet die Olympische Charta in Regel 50 (3) politische Aktivitäten in allen olympischen Städten, Veranstaltungsorten oder in „anderen Bereichen“. Olympia ist ein Geschäft für wenige Auserwählte. Für das IOC, das Milliarden einnimmt, für die Sponsoren wie Coca Cola oder Daimler Benz, für die Baukonzerne und für den internationalen Jetset. „Höher, Schneller, Weiter“ bezieht sich auf Körper, Konkurrenz und Kampf der Athlet\*innen unter Trainingsdiktat, aber vor allem auch auf die Steigerung der Milliardenumsätze.

Die Olympiastädte hingegen bleiben auf einem riesigen Schuldenberg und vergammelnden Olympiaanlagen sitzen. Wir wissen aus der Anti-Olympia-Kampagne der 90er Jahre, dass das IOC sehr empfindlich auf Kritik und Widerstand reagiert. Sorgen wir dafür, dass unser Protest gegen diesen Wahnsinn den IOC-Funktionären in den Ohren schrillt.

**Berlin bleibt  
NOlympic  
City**

### Kontakt:

**Bündnis NOlympia**  
c/o NaturFreunde Berlin  
Paretzer Straße 7  
10713 Berlin  
Mail: [nolympia-berlin@gmx.de](mailto:nolympia-berlin@gmx.de)

Bündnisaufruf unterzeichnen!  
[www.nolympia-berlin.de](http://www.nolympia-berlin.de)

**Wir wollen  
NICHT  
spielen!**



**NOlympia Berlin**

## **Berlin hat kein Geld für Protzveranstaltungen**

Der Berliner Senat bewirbt sich zum wiederholten Male um die Olympischen Sommerspiele. Aber wollen wir Berliner\*innen das auch?

Barcelona war nach den Olympischen Spielen 1992 pleite. Auch die Kosten für die als „vorbildlich“ eingestuften Spiele in London liefen aus dem Ruder: sie stiegen von geplanten 2,6 Milliarden Pfund (2005) auf 18 Milliarden Pfund Gesamtkosten. Immer blieben die Austragungsstädte auf Schulden in Milliardenhöhe sitzen.

## **Berlin ist schon jetzt mit 60 Milliarden € verschuldet**

Dabei muss Berlin ganz dringend in die bestehende Infrastruktur investieren. Der zunehmende Sanierungsrückstand an Straßen, Schulen und öffentlichen Gebäuden ist offensichtlich, trotzdem passiert hier nichts. Bei den Investitionen liegt Berlin ganz, ganz weit hinten, hat das DIW (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung) kürzlich in einem Ländervergleich festgestellt. Die Wirtschaftsforscher warnen die Stadt Berlin daher auch eindringlich in „Prozveranstaltungen“, wie die Olympischen Spiele zu investieren. Die hohen Investitionen in Olympische Spiele werden sich für Berlin nicht auszahlen. Alle Erfahrungen zeigen, dass die Ausrichtung solcher Großereignisse für die Städte immer ein Verlustgeschäft ist. Verdienen wird nur das IOC. Der Senat rechnet mit 2 Milliarden € Kosten für Olympia - allein für die Sportanlagen und schweigt zum Rest. Der zu erwartende Endbetrag wird ein Vielfaches davon sein. Berlin müsste für Olympia nicht nur in teure Großsportanlagen investieren, sondern muss diese Hallen auch auf Dauer unterhalten. Schon jetzt zahlt Berlin für die Sportstätten der letzten gescheiterten Olympiabewerbung (Velodrom und Max-Schmeling-Halle) 4,2 Mio. € pro Jahr als Zuschuss zur Deckung der Betriebskosten. Bis 2024 sind das ca. 130 Mio. € (oder 20 Schulturnhallen), die dort versickern.

Wichtige Infrastrukturprojekte müssen unabhängig von Olympischen Spielen nach Dringlichkeit und Haushaltslage durchgeführt werden. Der Senat knüpft nun jedoch

Zusagen zur Finanzierung von längst überfälligen Projekten in den Bezirken an eine positive Haltung gegenüber der Bewerbung Berlins für 2024 oder 2028. So soll Kritik ausgebremselt werden.

Bisher hat es in jeder Olympiastadt erhebliche Mietsteigerungen durch „Aufwertung“ gegeben. In Sydney sind allein im Zeitraum von 1993 (Entscheidung des IOC) bis 2000 (Olympische Sommerspiele) die Mieten durchschnittlich um 40% gestiegen. Schon jetzt sind für viele die Mieten in den Innenstadtbezirken nicht mehr bezahlbar. Im Zuge der Bewerbung wird sich die Entwicklung stark ansteigender Mieten noch einmal verschärfen und die Immobilienspekulation der großen Banken und Immobilienkonzerne wird zunehmen.

## **Berlin braucht die Erhaltung seiner vielfältigen Stadtstruktur – keine weiteren Prestigeprojekte und Events**

Die Berliner\*innen sind zermürbt von den nicht enden wollenden Großprojekten und Baustellen, wie der A100, der U5, die Staatsoper oder des BER, die Milliarden öffentlicher Gelder verschlingen, während Schulen, Bäder und Turnhallen bröckeln und die soziale Infrastruktur kaputt geht. Für die Olympischen Spiele entstehen zusätzlich neue Großbaustellen. Berlin braucht sozialen Wohnungsbau, keine Sportpaläste oder ein Olympisches Dorf! Und auch keine temporäre Sportstätten, die laut Senat allein schon 1 Mrd. € Steuergelder schlucken würden.

## **Berlin braucht Transparenz und wirkliche Teilhabe – keine undurchsichtigen Host-City-Verträge mit dem IOC**

Die vertraglichen Vereinbarungen anderer Olympiantandorte mit dem IOC machen deutlich, dass die Stadt mit dem „Host-City-Vertrag“ ihr Mitspracherecht aus der Hand gibt. Selbstverwaltung und demokratische Beteiligung werden ausgehebelt. So beansprucht das IOC für sich völlige Steuerfreiheit. „Der Host City Vertrag (HCV)

ist ein Knebelvertrag. Das IOC nutzt beim Abschluss des HCV seine unkontrollierte Monopolstellung für teilweise rechtlich groteske, den Vertragspartner einseitig belastende Regelungen, die jedem Anstands- und Gerechtigkeitsgefühl widersprechen,“ (aus dem Rechtsgutachten zum Host City Vertrag München/IOC von Prof. Dr. Gerrit Manssen, Universität Regensburg). Was in der Stadt passiert, wollen wir Berliner\*innen entscheiden und nicht das IOC!

Eine unverbindliche „Befragung von oben“ zwei Tage bevor die Bewerbung beim IOC angezeigt werden soll, ohne Kenntnis der tatsächlichen Kosten und Bedingungen, ist keine Teilhabe sondern Placebo -Demokratie. Bis zu diesem Zeitpunkt werden schon Mio. Euro Steuergelder in die Werbung geflossen sein. Der Senat spielt ein falsches Spiel.

## **Berlin braucht Förderung des Breitensports – Kein Pöppeln des IOC**

Olympische Spiele dienen in erster Linie der Vermarktung des Sports zu Gunsten des IOC. Mit Transparenz, Fairness und Bescheidenheit hat das nichts zu tun. Im Vordergrund stehen Profit, Privilegien, Machtstreben und Kommerzialisierung. Das IOC ist mit seinem Milliardenvermögen der reichste Sportbund der Welt. Allein mit dem Verkauf der Fernsehrechte an NBC für 2020 bis 2032 verdiente das IOC jüngst 7,75 Milliarden Dollar.

Das IOC versteht sich selbst als „Regierung des Welt-sports“, 105 Mitglieder, 32 Ehrenmitglieder, ein exklusiver Klub, der Geldadel der Welt und der echte Adel. IOC-Mitglieder sind zum Beispiel Prinzessin Nora von Liechtenstein, viele Öl-Scheichs und Joseph Blatter, der Herrscher des Weltfußballs. „Die IOC-Plutokraten kommen an wie besuchende Prinzchen, die es seit langem gewohnt sind, auf Kosten anderer zu leben. In London verlangten und bekamen sie exklusive Limousinen-Spuren und die Ampeln wurden auf Grün gestellt, wenn sie zu ihren Wettkampfstätten fuhren.“

(The Guardian 23.4.2014).